

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich K 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährig 192.—

Rücklieferung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag (täglich)

7. Jahrgang.

Donnerstag, 15. Dezember 1927.

Nr. 293.

Hodzas Maulfalle.

Eine „Maulfalle“, aufgestellt für die deutschen Kinder, die infolge ihrer Armut gar nicht anderswohin können“, hat Herr Minister Spina die tschechischen Minderheitsschulen in einer großen Parlamentsrede am 2. Oktober 1925 genannt, als er seinen Antrag auf Schaffung der kulturellen Autonomie für alle Nationen des Staates mit pathetischen Worten begründete. In einer viel größeren und viel gefährlicheren Maulfalle hat Herr Hodza den Spina und seine Aktivisten gefangen. Er hat ihnen vor Jahresfrist die „Schulautonomie“ versprochen, und sie wollten mit diesem Speck nun ihre Wähler fangen. Nun merken sie wohl selbst, daß sie selbst die Mäuse waren, daß sie gefangen sind, aber nun ist es zu spät für sie. Als willkürliche Sakaten der tschechischen Bürgerparteien müssen die deutschen Regierungsparteien die „Schulautonomie“ Hodzas hinnehmen wie ein Geschenk, sie müssen das Machwerk, dem sie wohl selbst nur die eine gute Seite abgewinnen, daß es von clerikalem Geiste trief, ihren Wählern als einen „Erfolg“ vorführen, obwohl es sich himmelweit von dem unterscheidet, was Spina vor zwei Jahren noch Kulturautonomie nannte und als der deutschen Bürgerparteien „höchstes Ziel“ feierte. Der Herr Minister Spina wird, sollte er nach der „Totengräberarbeit“ der Verwaltungsreform noch immer an die Möglichkeit von aktivistischen Erfolgen geglaubt haben, angesichts des Weihnachtsgeschenkes seines Herrn Kollegen Hodza wohl selbst an dem Abstand des Erreichten von seinem einstmaligen höchsten Ziel ermessen, daß über seine Entwicklung vom Verteidiger deutscher Kulturforderungen bis zum Kollegen Hodzas das einzige Urteil ein vielhöfendes „Weit gebracht“ sein kann.

Den Wählern gegenüber verraten die Aktivisten allerdings nicht, wie sehr sie sich durch Hodzas Angebot geohrfeigt fühlen müssen, ja sie quälen sich, bei jeder Scham vor dem eigenen Gewissen, Geständnisse freudiger Ueberrichtung und Genugtuung ab. Da aber Hodza so liebenswürdig war, seine Pläne, die er lange Zeit in tiefstem Geheimnis hüllte, jetzt doch noch vor der parlamentarischen Vorlage zu verraten, kann es den Aktivisten nicht erspart bleiben, daß ihre „Erfolg“ zerplatzt und zerzaust wird, noch ehe sie auf der parlamentarischen Tribüne Rede und Antwort für ihn zu stehen haben.

Im Oktober 1925 haben unsere Genossen noch im alten Parlament einen Antrag eingebracht, das Schulwesen auf Grund der nationalen Autonomie neu zu regeln. Der Antrag Spinas und aller bürgerlichen Parteien, war dem unseren so ähnlich, daß man mit gutem Grunde annehmen kann, daß damals die Bürgerlichen unter Autonomie dasselbe verstanden wie wir. In unserem Antrag wurde vor allem der nationale Kataster als Grundlage jeder Schulautonomie gefordert. Hodzas Entwurf weiß von dem nationalen Kataster nichts. Durch das Fehlen eines genauen Katasters jeder Nation sind aber der behördlichen Willkür, dem Terror, der Färbung und Fälschung der Statistiken, den widersprechenden Entscheidungen aller Instanzen bei der Einteilung von Klassen und Schulen, bei der Verteilung der Mittel und der finanziellen Mittel Tür und Tor geöffnet. Als selbstverständliche Grundlage einer autonomen Schulverwaltung wurde von uns die Bildung von autonomen Orts-, Bezirks-, Landes- (Gau-) Schulräten, aber auch die Bildung eines autonomen Reichsschulrates für jede Nation gefordert. Hodza will die Errichtung nationaler Ortschulräte von der Willkür der Behörde abhängig machen (sie „kann“ Teilungen vornehmen, muß es aber nicht), die Bezirksschulräte werden bei Hodza erst dann geteilt, wenn die nationale Minderheit 20 Prozent der Einwohner ausmacht und 15 Schulen im Bezirke besitzt. Der Landesauswahra wird sektioniert, aber sein Präsident ist auch in der deutschen Sektion der tschechische Landespräsident. Den Reichsschulrat kennt Hodza natürlich überhaupt nicht, über dem Landesauswahra steht unmittelbar das Ministerium. Selbstverständlich sollten nach

unserem Antrag und müßten in jeder autonomen Schulverwaltung die Schulräte auf Grund des Verhältniswahlrechtes gewählt werden, die Lehrervertreter aus der Wahl der Lehrerschaft hervorgehen. In Hodzas Schulverwaltung werden die Vertreter der Lehrer ernannt, die anderen Vertreter zwar „gewählt“, aber nachdem die Regierung die Mandate verteilt hat; außerdem präsidieren Bezirkshauptmann und Landespräsident, also ernannte Beamte, und werden bis zu vier Vertretern der Konfessionen zugezogen, also eventuell mehr, als die Lehrer haben werden. Der Landespräsident bleibt nach Hodzas Vorlage im Alleinbesitz des Rechtes, Klassen aufzulassen und zu errichten, die ganze Schulverwaltung, die Anstellungen, die Disziplinargewalt bleiben in den Händen der Bürokratie, nicht zu reden von der finanziellen Abhängigkeit der Schulbehörden von Land, Bezirk und Staat, die nach unserem Autonomieantrag durch autonome Verwaltung schlüsselmäßig aufgeteilter Umlagen und durch eigene Kultursteuern ersetzt werden sollte. Im Sprachgebrauch werden Hodzas Schulbehörden natürlich auch an die allgemeinen Verordnungen gebunden, das heißt, geheimnisvoll sein.

Will man diesen Vergleich nicht gelten lassen, so braucht man nur die Schulautonomie, wie sie in Estland besteht, in Klärten heuer geschaffen wurde, im Deutschen Reich für die Minderheiten geplant ist, zum Vergleich heranzuziehen, um zu erkennen, daß die Klerikalisierung und Bürokratisierung der Schulverwaltung, die Hodza austreibt, ein Hohu auf das Wort „Autonomie“ bedeutet. Gegenüber dem heutigen Stande der Schulverwaltung bedeutet Hodzas Neuordnung keinen Fortschritt, durch die Stärkung des klerikalen Einflusses auf die Schule, durch die Vorpiegelung demokratischer Formen, hinter denen sich die Allmacht der staatlichen Behörden schlecht verbirgt, muß sie bei weitem gefährlicher werden, als es der bisherige Zustand war. An ihr mitgewirkt, sie begrüßt und vor der Welt als Erfolg gepriesen zu haben, wird den deutschen Regierungsparteien nicht als das leichteste ihrer Verbrechen quittiert werden. Ob sie nun die Gefangenen Hodzas, ob tatsächlich Verantwortliche dieser Entroffnung der Schule waren, Schweigen wäre das mindeste gewesen, womit sie zu antworten hatten.

Wir sehen in der Kulturpolitik einen Zentralpunkt für die allgemeine Politik überhaupt. Wir fürchten aber, daß die Herrschaft des Bürgertums, dem die Frage von Wissen, Bildung und Schule nur ein kalkulationselement ist, von dieser in der Tradition des tschechischen Volkes gelegenen Schulfreundlichkeit noch mehr abweichen wird. Und deswegen warnen wir im Interesse der wahren staatlichen Interessen, im Interesse des Kulturfortschrittes davor, daß man dem arbeitenden Volke die oberste und wichtigste Bedingung für seinen Aufstieg verschlechtert: das ist eine wirkliche im Geiste des modernen Fortschrittes gelegene Schulreform und Kulturpolitik. (Beifall bei den deutschen Sozialdemokraten.)

Der Staatsvoranschlag im Senat Zweiter Verhandlungstag.

Im Senat ging gestern die Debatte über den Staatsvoranschlag weiter. Die deutschen Sozialdemokraten fanden den Genossen Polach im Treffen, der sich hauptsächlich mit den Schulfragen befaßt und dem geplanten Regierungsentwurf über die Landes-, Bezirks- und Ortschulräte die sozialdemokratische Forderung nach Gewährung der Schulautonomie entgegenstellt, welche die Partei seit 1899 konsequent vertritt.

Zu der Debatte sprach als erster Sen. Dr. Medinger (Chr.-Soz.), der gegen die Außenpolitik des Ministers Beneš polemisiert, dann Sen. Koutny (Komm.), der sich insbesondere mit dem Militarismus befaßt, Dr. Koval (slow. Mer.), der dem Schulminister Hodza wegen dessen Zurückweichen vor dem Klerikalismus reichliches Lob spendet. Dann spricht Gen. Sen. Polach, dessen Rede unsere Leser an anderer Stelle finden, nach ihm der Kommunist Hampf, der im heurigen Budget den Ausdruck der Klassenherrschaft der Bourgeoisie sieht, und sein Parteigenosse Ančera, der darauf hinweist, daß die Aktivität des Voranschlages nur eine scheinbare ist. Sen. Koval (Kler.) bespricht das Budget des Eisenbahnministeriums, Sen. Partl (D. Nat.) nimmt zu den Trostleistungen des deutschen Schulwesens Stellung, Sen. Dr. Kmeč beauptet, daß die staatliche Finanzwirtschaft in Ordnung sei. Sen. Dr. Jesser (D. Nat.-Soz.) erklärt, daß alle deutschen Parteien den Kreditismus abgelehnt haben, und daß die Deutschen zur Mitarbeit in diesem Staate bereit sind. Dann sprechen noch Sen. Sedlář (tsch. Agr.), Senatorin Reichstädter (tsch. Nat.-Soz.), Sen. Tichapel (D. Nat.-Soz.), Sen. Chlumecny (Komm.), Sen. Kohnáček (tsch. Agr.) Sen. Měkal (tsch. Nat.-Soz.), Sen. Kianička (tsch. Gew.) und Sen. Trčková (ung. Nat.-Part.), worauf die Sitzung kurz nach 9 Uhr abends geschlossen wurde. Nächste Sitzung morgen morgen, Donnerstag, um 9 Uhr früh.

Stalin dementiert.

Die amtliche russische Nachrichtenagentur (Tas) dementiert das Interview Stalins mit dem „New paper Service“, in dem auch Stalins Äußerungen über das Verhältnis der Sowjets zu Kirche und Religion enthalten waren. Die Blätter, in denen der Artikel erschien, stehen dagegen auf der Echtheit des Artikels, die Korrespondenz will ein Bild Stalins, das während des Interviews aufgenommen wurde, als Beweis für die Echtheit beibringen. Obwohl der „New paper Service“ ein Sensationsunternehmen ist, erscheint es doch kaum glaubhaft, daß er das ganze Interview gefälscht haben sollte, zumal es im zweiten Teil durchaus Stil und Ausdrucksweise der Bolschewiki verrät, es müßte sich also um eine sehr geschickte Fälschung handeln. Die „Arbeiter-Zeitung“ vermutet, daß Stalin die Äußerungen einmal getan hat, vielleicht aber nicht gerade jetzt und vielleicht auch nicht dem Vertreter der amerikanischen Korrespondenz gegenüber. Die Wiener russische Gesandtschaft war noch Montag nachmittags nicht in der Lage, ein Urteil über die Echtheit abzugeben. Im übrigen zeigen die Dementis, daß es den Sowjets nur auf den ersten Teil, der von den Luftstrümpfen handelt, ankommt, weil diese Äußerungen die Genfer Politik Litwinows stören können und vielleicht in das im übrigen edle Gespräch eingeschoben wurden.

Die kommunistische Presse ist froh, sich vorläufig um eine Diskussion über die Frage „Religion und Bolschewismus“ drücken zu können und spricht von der großen „Fälschung“ der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse“. Es ist natürlich lächerlich, uns Fälschung vorzuwerfen, weil wir aus einer Samstag erschienenen und erst Dienstag abends dementierten Meldung am Montag zitiert haben. Wenn das Interview als Fälschung herausgestellt werden wird, nicht anstehen, das zu melden, vorläufig gilt es den angebotenen Beweis der Korrespondenz abzuwarten.

Für Schulreform und Kulturpolitik.

Eine Rede des Genossen Senator Polach im Senate.

In der Kulturdebatte des Senats hielt Gen. Polach eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Die irrenden Hauptursache unseres Kulturbudgets ist, daß die kulturellen Ausgaben in unserem Gesamtbudget 9,37 Prozent ausmachen. In der Summe gesprochen 84 Millionen Kronen. Es wäre gewiß interessant, mit dem Herrn Finanzminister über das Problem der Schulreform zu reden. Er bekennt sich zu ihr aus finanzpolitischen, nicht aus pädagogischen Gründen und er prüft ein wenig dem Unterrichtsminister ins Handwerk, während umgekehrt der Herr Unterrichtsminister außerordentlich schweigsam und zurückhaltend in bezug auf die Grundfragen unserer Kulturpolitik und über ihre Grundvoraussetzungen ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß

das wichtigste und dringlichste Schulproblem unseres Staates die Schaffung der nationalen Schulautonomie im Rahmen der nationalen Autonomie überhaupt

ist. Ich behaupte, daß es das Hauptinteresse auch des Staates ist. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Sinn und Wesen der Demokratie erst erfüllt sind, wenn die Rechte, die jeder Staatsbürger hat, ob er der Minorität oder der Majorität angehört, voll und ganz gewahrt sind, daß dieses staatsbürgerliche Recht vom Zufall der Majoritäten nicht abhängig gemacht werden darf. Schauen wir uns aber den Entwurf, der uns angeblich die Schulautonomie bringen soll, an. Was wird sich in bezug auf diese Grundfrage im Leben unserer Schule ändern? Es heißt in der Vorlage, daß die niedrigen Schulbehörden der Landeschulräte, Bezirksschulräte, Ortschulräte sein, daß für die Minderheitsschulen der Ortschulräte, für die Slowaken das Schulinspektat geschaffen werden soll. Aber das Unterrichtsministerium wagt sich nicht den Bestimmungen dieses Entwurfes das Recht, jede Entscheidung aufzuheben, wenn eine Vorchrift verletzt oder ein öffentliches Interesse gefährdet wird. Daß eine solche Normierung der Willkür Tür und Tor öffnet, unterliegt für keinen Menschen dem geringsten Zweifel. An die Spitze des Bezirksschulrates soll der Bezirkshauptmann, neben fünf bis acht gewählten Bezirksvertretern und je einem Vertreter der Religionsgenossenschaften, sitzen, wobei der Fortschritt nur darin besteht, daß nun auch von der tschechoslowakischen Kirche, also ein Vertreter mehr der kirchlichen Faktoren, dazukommt. Aber — und das war jetzt das ausschlaggebende beim Bezirksschulrat — eine besondere deutsche Sektion des Bezirksschulrates soll nach diesem Entwurf erst erfolgen bei mindestens 20 Prozent der Bevölkerung und bei mindestens 15 Schulen in dem betreffenden Bezirk. Schon diese Bestimmung, daß das Recht des Menschen, für seine Kinder Schulen seiner Nation zu finden, abhängig gemacht wird von einem Prozentsatz, ist eine Ungerechtigkeit, über die auch die tschechischen Kollegen kaum anderer Meinung sein können, weil ja

das Recht auf die Schule in der eigenen Sprache ein politisches Grundrecht

ist, aus dem die Forderung der nationalen Autonomie selbst abgeleitet ist. Und dann die Ortschulräte, die über das Leben der Schule an Ort und Stelle selbst zu entscheiden haben: Bezüglich dieser heißt es in der Vorlage, daß der Landeschulrat besondere Ortschulräte für die Minderheiten bewilligen kann. Das Wort „kann“ zeigt mit absoluter Deutlichkeit wieder, daß das ein Weg der Willkür, des Zufalls, aber nicht der Sicherheit und der Gerechtigkeit darstellt.

Wenn wir die gesamte Vorlage, über die noch zu sprechen sein wird, wenn sie da sein wird kritisch betrachten, sehen wir, daß sie weit entfernt ist von der Forderung nach Selbstverwaltung, nach Befreiung von der Herrschaft der Bürokratie.

Ich möchte noch eine Tatsache in diesem Zusammenhang mitteilen, die wir ja schon Gelegenheit haben, in anderen Staaten zu sehen, daß der Gedanke der Schulautonomie sich mit dem Gedanken der Staatlichkeit sehr gut verträgt.

Ich will darauf verweisen, daß der Kongreß der nationalen Minderheiten vom Jahre 1925 und der vom Jahre 1926 sich für dieses Recht ausgesprochen, aber daß wir schon zwei Länder haben, in denen wir vor der Verwirklichung dieses Gedankens stehen, das ist das Land Kärnten in der österreichischen Republik und das ist Estland.

Und nun zum Schluß meiner Ausführungen noch ein paar Worte über andere Probleme der Kulturpolitik. Ich brauche nicht zu sagen, auch bei dieser Gelegenheit muß ich es wiederholen, daß unser Kampf

gegen die Klerikalisierung des Schulwesens und für seine Bürokratisierung

weitergeht. Diese Forderung bedeutet nichts anderes, als den Kirchen aller Konfessionen die illegale Macht zu nehmen, um sie zu benützen, wie es geschieht zu Zwecken, die mit Religion und Glaubenssätzen absolut nichts zu tun haben. Es ist daher klar, daß wir weiter auf diesem Standpunkte stehen werden, aber das wichtigste Problem der Kulturpolitik neben dem Autonomieproblem ist das Problem der

Schulreform.

Wir wollen die Umwandlung der Lernschule von heute in eine Arbeitsschule. Wir haben heute einen armen Staat, in welchem die Gedanken dieser Schulreform schon sehr weit fortgeschritten sind. Das ist in Oesterreich und insbesondere in Wien der Fall, das zu einem Wallfahrtsort der Pädagogen der ganzen Welt und der Schulreformer geworden ist.

Notwendig ist vor allem, daß die grausamen Bestimmungen in bezug auf die Zahl der Schüler, die in einer Klasse sein können, innerhalb der Zeit eine Aenderung erfahren. Bis zum Jahr 1932 müßte die Maximalzahl in einer Volksschulklasse 70 betragen, ein absolutes Hindernis für die Durchführung jedes sozialreformerischen Gedankens.

Der Mieterschutz muß bleiben!

Genosse Kay gegen die Hausherrnfürsorge der Regierung und für eine ausgedehnte Bauförderung.

Prag, 14. Dezember. Im Abgeordnetenhaus hielt heute Genosse Kay eine scharf betonte Rede für den Mieterschutz, gegen den die Regierung für das nächste Jahr in größter Heftigkeit allerhand Anschläge plant. Er verwies auf die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung, die immer ärger, statt besser wird, und die es schließlich unmöglich macht, daß nun auch noch eine enorme Erhöhung der Mietzinsen von der Bevölkerung getragen werden könnte. Wir bringen nachfolgend einen Auszug aus der sehr bemerkenswerten Rede.

Genosse Kay stellt einleitend fest, daß man mit der Verlängerung der Vorlage wiederum der so brennenden Lösung des Problems der Wohnungsfürsorge aus dem Wege gehen will.

Es wäre wirklich höchste Zeit, daß die Regierung daran ginge, endlich einmal Maßnahmen zu ergreifen, um dem ungeheuren Wohnungsmangel, unter dem Tausende Menschen zu leiden haben, wirksam entgegenzutreten.

Das vorliegende Gesetz kommt praktisch für die Linderung der Wohnungsnot überhaupt nicht in Betracht. Zeit man die Wohnungsbeschaffung durch die Gemeinde aufgehoben hat, kümmern sich die Behörden um die noch bestehenden Wohnungsfürsorgemaßnahmen überhaupt nicht mehr. Bei der reaktionären und antisozialen Einstellung der jetzigen Regierung ist das freilich kein Wunder.

Die Regierung soll doch endlich sagen, wie sie sich die künftige Regelung der Wohnungsfürsorge, der Bauförderung und des Mieterschutzes vorstellt!

Das jetzige Bauförderungsgesetz, das ganze 120 Millionen zur Verfügung stellte, konnte an der entsetzlichen Wohnungsnot natürlich nichts ändern. Außerdem wird selbst dieses Gesetz, namentlich soweit deutsche Bewerber in Frage kommen, von den Behörden sabotiert. Hunderte Ansuchen um Zuerkennung des Staatsbeitrages sind bis heute unerledigt und die Bewerber werden durch die bürokratischen Maßnahmen obendrein noch so schikaniert, daß sie vielfach auf den Garantiebeitrag lieber verzichten. Was sich der heilige Bürokratismus in dieser Beziehung erlaubt, beweist eine Zuschrift der Abteilung für Baubewegung bei der politischen Landesverwaltung an einen Bewerber um die Staatsgarantie. Es heißt darin:

„Die Familienverhältnisse eines jeden Hausanwärters sind anzuführen und ist angegeben, was denselben veranlaßt, ein eigenes Haus zu bauen. Es ist hierzu die amtliche Bestätigung beizubringen, daß der Neubau des Hauses im Sinne des § 10 der zitierten Verordnung notwendig ist.“

Das ist sicher die höchste bürokratische Weisheit, denn der Hausanwärter, ein Arbeiter wird sich das Haus kaum aus reinem Übermut bauen, sondern nur deshalb, um mit seiner Familie ein Dach über dem Kopf zu haben! Ein weiteres Hindernis für diese Ansuchen besteht darin, daß das Ministerium auf dem Standpunkt steht, daß die Zinsen für das unverbürgte Darlehen nur 7 Prozent und für das verbürgte nur 6 Prozent betragen dürfen. Woher diese Darlehen unter diesen Bedingungen nicht zu werden diejenigen Bewerber, die den Bau bereits vollendet haben und mit dem Garantiebeitrag rechnen, direkt zur Verzweiflung getrieben.

Bisher hat die Regierung für Kleinwohnungen nur 200 Millionen beigesteuert. Das ist ein Zehnde-

für den Straßensfonds hat der Herr Minister einfach aus den Mitteln der Sozialversicherung eine Milliarde zur Verfügung gestellt; warum hat er nicht auch auf ähnliche Weise einen Wohnbaufonds geschaffen?

Unsere Regierung könnte sich an der großartigen Wohnungsfürsorge des dem Bürgertum so verhaßten roten Wien ein Beispiel nehmen, das bisher 30 000 in jeder Hinsicht entsprechende und auch im Preis erschwingliche Wohnungen geschaffen hat. Die Mietzinsen sind in den Wiener Gemeindefürsorge bedeutend niedriger, als etwa in Prag.

Zu all dem kommt noch, daß das neue Gemeindefinanzgesetz die Bauförderung durch die Gemeinden vollkommen unmöglich macht.

So sorgt also die Regierung in jeder Beziehung dafür, daß sich die Verhältnisse in unserer Wohnungsfürsorge statt zu bessern, noch verschlechtern. Siezu führt Genosse Kay

ein erschreckendes Material aus einzelnen westböhmischen Bezirken

an. Die Wohnungsnot hat dort die Menschen in Keller, auf Dachböden, in Holzschuppen und in Hefen fählen getrieben; dabei gehen sie moralisch und gesundheitlich zu Grunde. Die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten sind in diesem Wohnungssektor einen guten Nährboden. So verdirbt das Volk, ohne daß die in der Regierung stehenden frommen Christen, die von Nationalismus tiefenden Agrarier und die fanatischen Gewerbetreibenden daran Anstoß nähmen oder Abhilfe zu schaffen versuchten!

Die einzige Sorge der Regierung ist eine Sanierung der Hausbesitzer,

denen durch den in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwurf über den Mieterschutz die Möglichkeit gegeben werden soll, sich auf Kosten der Mieter hemmungslos zu bereichern. Die Mietzinsen sollen nach dem Entwurf auf das Sechsfache erhöht werden.

Glauben denn die Regierungsparteien wirklich, daß die arbeitenden Schichten eine derartige neue finanzielle Belastung ertragen können?

Es genügt den Regierungsparteien nicht, daß sie durch die Zölle, durch die Steuerreform und durch die anderen reaktionären Gesetze das Volk rücksichtslos ausplündern können, es soll auch noch ein eigener Bereicherungsfeldzug für die Hausbesitzer in Szene gesetzt werden.

Für das wirtschaftliche Elend der Arbeiter dagegen bringt die Regierung nicht einen Funken Verständnis auf!

Das sehen wir jetzt wieder sehr deutlich bei den Bergarbeitern, deren Forderung nach einer einmaligen Teuerungsausgleichsbrücke abgelehnt wurde, obwohl sich die Profite der Bergbesitzer von Jahr zu Jahr vergrößern. Da fühlt sich die Regierung nicht verpflichtet einzugreifen, obwohl die Bergarbeiter unter den elendsten Lohnverhältnissen lurchbar zu leiden haben. Im tschechischen Bergrevier gibt es Bergarbeiter, die wöchentlich höchstens 90 bis 150 Kronen verdienen. Glouben Sie, meine Herren, daß diese Bergarbeiter imstande sein werden, eine neuerliche Erhöhung der Mietzinsen zu ertragen?

Das ist aber noch nicht alles. Neben dem erhöhten Mietzins soll noch eine Mietzinsabgabe für die Gemeinden eingeführt werden, die jeden Wohnraum einschließlich der Küche mit 50 K jährlich belastet. Dazu kommen die beachtlichen Zuschläge für den Wasserzins für die Leichterabfuhr und für die Kanalisationsgebühr, die

ebenfalls 50 K monatlich betragen werden und die bis 45 Prozent des Mietzinses gesteigert werden können!

Wir sind neugierig, wie es unsere Gewerkepartei der kleinen Gewerbetreibenden gegenüber verantworten werden, wenn an Gemeindefinanz für gewerbliche Räume und Geschäftslokale im Monat 100 bis 150 K von jedem Raum werden eingehoben werden!

Es ist ganz einfach Wahnsinn, den man hier zur Methode macht. Wenn alle diese Pläne der gegenwärtigen Regierung in Bezug auf Bauförderung und Mieterschutz Wirklichkeit werden, dann wird die bisher verfolgte Beschäftigungspolitik auf die Spitze getrieben. In der Ausübung, zu der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entrechtung des Volkes kommen dann als Massenercheinung noch Desorganisationen und vermehrte Obdachlosigkeit hinzu.

Dadurch werden aber auch den letzten und rückständigsten Arbeitern die Augen geöffnet werden und sie werden mitheilen, den Sturz dieser reaktionären Regierung zu beschleunigen.

Wir erheben neuerlich unsere Forderungen nach beschleunigter Vorlegung eines Wohnungsgesetzes, durch das der Mieterschutz wesentlich aufrecht erhalten bleibt und die staatliche Unterstützung der Bauförderung wenigstens im Umfang des Gesetzes Nr. 45/1922 wiederhergestellt wird. Zur Ermöglichung einer sorgfältigen Beratung dieses Entwurfes wäre die Wirksamkeit des Mieterschutzes bis zum Ende des Jahres 1928 zu verlängern. (Lebhafter Beifall)

Abgeordnetenhaus.

Mieterschutz und Sozialversicherung.

Prag, 14. Dezember. Unter den Vorlagen, die vor Jahreschluss nach dem Willen der Koalition noch verlängert werden müssen, befanden sich heute zwei Gesetze, die der Opposition Geheiß boten, sich eingehend mit den beabsichtigten Angriffen der Regierungsparteien auf den Mieterschutz und auf die Sozialversicherung zu befassen. Die Debatte wurde fast ausschließlich von der sozialistischen Opposition bestritten. Die Regierung für den Fall, daß sie im nächsten Jahre den Mieterschutz abbauen und die Mietzinsen enorm erhöhen sollte, einer unerbittlichen Kampfkampfabgabe. Mit vollem Recht wurde die bisherige Unfähigkeit und die gescheiterten Versuche der Regierung auf dem Gebiet der Bauförderung namentlich von dem Genossen Kay auf das Schärfste kritisiert.

Die neuerliche Verlängerung der Mietzinssteuer für die gewerbetreibenden Unternehmer hat den Anstoß über die Sozialversicherung zu geben. Genosse Schäfer verflücht die faderstehenden Gründe des Mieterschutz und räumt energisch mit der Vorstellung auf, daß diese sozialpolitischen Fragen eine unheilvolle Angewohnheit der Gewerbetreibenden und der Unternehmer überhaupt seien während doch allein den Versicherungen, also der Arbeiterschaft, eine Entscheidung herüber zukommt.

Wie sehr die Mehrheit durch den entschlossenen Vorgehen der Opposition in der Frage der Sozialversicherung bereits irritiert ist, geht daraus hervor, daß man die Orentranklassen nicht in den sozialpolitischen Ausschuss, sondern unter dem Vorwand, daß die geforderte Frist für die Ausschussberatung schon abgelaufen sei, direkt vor das Plenum brachte. Die Opposition hatte sich nämlich gegen die Durchsetzung einer Reihe wichtiger Vorlagen erklärt und war nicht gewillt, nach dem Willen der Mehrheit noch schnell vor der Hausführung auch

diese Vorlage im Ausschuss fertigzustellen, die das Plenum vorzeitig schon auf die heutige Tagesordnung des Plenums gesetzt hatte. Also müßte wieder einmal die Geschäftsordnung herhalten, die bei Fristüberschreitung die Verhandlung im Plenum ohne Ausschussbericht ermöglicht. Früher einmal hatten die deutschen Aktivisten gegen solche Gewalttaten energisch protestiert, heute machen sie das natürlich ohne zu denken selbst mit! Verantwortlich für diese Seldental zeichnet der Ausschussvorsitzende Cutil, der in einer gewundenen Erklärung sagte, er habe vom Hauspräsidenten wohl den Auftrag gehabt die Vorlage im Ausschuss noch in Beratung zu ziehen, er wolle dies aber mit Rücksicht auf die frühere Vereinbarung mit der Opposition, es heute bei den bereits behandelten Vorlagen bewenden zu lassen, nicht mehr tun. Wenn schon Herr Cutil auf die Opposition mit einem Wok-Rückblick nimmt, dann hätte er die Orentranklassen aber in der morgigen Ausschussberatung in Verhandlung ziehen können; Zeit zu ihrer Verabschiedung im Plenum wäre dann immer noch gewesen! Kein Wunder kann darüber hinwegtäuschen, daß die Mehrheit sich hier wieder einmal sehr unruhig benommen hat!

Die Hausführung begann mit mehr als einstündiger Verspätung gegen 14 Uhr nachmittags, weil der Budgetausschuss sehr lange tagte. Im Druck wurde eine Reihe von dringenden Interpellationen vorgelegt, die bereits im Mai und Juni dieses Jahres eingebracht worden waren. Eine derartige Verschleppungstaktik gegenüber unangenehmen Anfragen dürfte im parlamentarischen Leben wohl vereinzelt dastehen!

Die Aenderung einiger Bestimmungen über das Gehältnäquivalent in der Tschechoslowakei wird ohne Debatte in erster und zweiter Lesung genehmigt.

Eine lange Mieterschutzdebatte entspann sich zu dem Regierungsantrag auf

Verlängerung des Gesetzes über außerordentliche Maßnahmen der Wohnungsfürsorge, das mit Ende dieses Jahres abläuft. Der Ausschuss hat die ursprünglich nur bis 31. März beantragte Verlängerung bis Ende Juni 1928 erstreckt. Der Referent Matoušek versprach namens der Regierung, daß sich diese bei der Vorlage eines neuen Mieterschutz- und Bauförderungsgesetzes nach den allgemeinen Teuerungsmassnahmen und Existenzverhältnissen der breitesten Massen richten werde! Was daran wahr ist, geht am besten aus der weiteren Feststellung des Referenten hervor, daß dieser Wille der Regierung sich ja schon in ihrem bisherigen Vorgehen in sozialpolitischen Fragen zur Genüge zeige.

Zu der Debatte polemisiert die Kommunistin Landová-Styčková gegen die optimistische Färbung des Motivberichts und erklärt, die Wohnungsverhältnisse seien heute noch viel ärger als selbst im Jahre 1918. Allein in Prag fehlten 39.000 Wohnungen; in den Baraden und Wagnonkolonien rings um Prag wohnen schon 11.000 Personen. Lange (tsch. Nat. Soz.) betonte, daß die Behörden den Ansuchen der Hausbesitzer um Verwendung von Wohnungen für andere Zwecke allzusehr entgegenkommen. Mit größter Entschiedenheit spricht er sich gegen die beabsichtigte Aufhebung des Mieterschutzes aus. Jemel (Nat. Dem.) erklärt sich nur unter dem Druck der Verhältnisse für die Verlängerung, mit der er sonst aus prinzipiellen Gründen nicht einverstanden sein kann. — Hierauf kommt Genosse Kay zu Wort, dessen Ausführungen wir an anderer Stelle wiedergeben.

Hiob (tsch. Soz. Dem.) betont, daß seine Partei noch in der alten Koalition eine lang-

Der falsche Prinz.

39 Leben und Abenteuer.

Von Harry Tomela.

Beau wandte sich zu Gemüdsdorf: „Na, für dich war es aber höchste Zeit, daß du mal zu uns nach Heidelberg kommst. Du hast ja früher nicht mal gewohnt, von wem Maria Sinari ist und daß mal'n Goethe gelebt hat. Aber im übrigen, Durchlaucht, studieren ist für uns faktisch Mumps. Was geht uns der ganze Scheißred an, was für'n Mist so ein Professor auf dem Katheder fabriziert. Was sollen wir mit dem Jimi anfangen? Sind wir etwa daselbe wie so'n ausgehungertes Pasterensohn, der Theologie schnüffelt, um hernach was zu fressen zu haben. Was haben wir mit denen gemein? Was geht uns die da unten an? Wir wollen mit Stanbegegnungen Fühlung nehmen und einander kennenlernen. Das andere kommt schon von ganz alleine. Wär ja direkt dämlich, wenn wir uns hier wie die Mensafalls abschinden würden. Na, Graf," wandte er sich zum ersten Mal an, „mach' nicht man bloß so'n Geschäft. Du bist ja sowieso verkehrt ins Kraut geschossen. Prost, Prinz Leben!" — „Na, na," warf der Graf ein, „wenn du nur abtust, was Durchlaucht denkt.“ Ein anderer, der den Einwurf des Grafen überhört zu haben schien, fuhr dazwischen: „Meinungen hat ganz recht. Wir kommen schon von selbst in unsere Positionen, die ein für allemal für uns da sind. Wir übernehmen dazu einfach die bewährten Grundzüge, die Verwaltungsmaymen unserer Väter. Wir wollen von gar nichts andern wissen. Wozu? Wär ja ausgeglichener Blödsinn!“ Wieder ein anderer antwortete: „Was geht uns überhaupt die andern an? Was sie denken und treiben ist uns Wurscht. Wir sind wir! Ueberhaupt noch darüber reden!

Wir tun einfach, was wir gewohnt sind. Und damit basta! Ueber diese Ansichten müßte ich nun doch den Kopf schüteln. „Na, na meine Herren“ konnte ich mir nicht verbeßen, „da fürchte ich, daß Sie die Zeichen der Zeit nicht verstehen. Mit diesen Maximen läßt sich ein Volk nicht mehr regieren.“ Verwundert sah ich mich an. Die Lust zu weiteren Offenherzigkeiten schien ihnen damit genommen. Um so manter ging ich die Aneipe weiter.

Die Gefäße wurden wieder gefüllt. Osters wurde mir zugedrückt. „Durchlaucht, ich komme einen Ganzen!“ sagte der Graf mit einer kleinen Verbeugung zu mir und trank sein ganzes Gefäß aus. Er erklärte mir die Trinkriten. Ein Gemäß bestand aus drei Quanten. Je rascher jemand sein Gefäß ausleeren wollte, trank er dem andern zu und sagte hierbei: Ich komme einen Halben, einen Ganzen und so weiter. Jemand mit einem Ganzen zuzutrinken, galt als Zeichen besonderer Hochachtung. Der Jugertrinke verbengte sich ob der Ehre des Zutrinkens leicht und hatte nunmehr die Verpflichtung, jemand andern zuzutrinken, und so fort in langer Reihe. Da aber auch andere von sich aus aufgingen, im Kreise zuzutrinken, so entstanden die verschiedensten und endlosten Ketten, ein tolles Durcheinander, was schließlich, da sich niemand des Zutrinkens erwehren konnte in eine wilde Zecherei ausarten mußte. Die Fische waren gehalten aus riesigen Gemäßen Unmenzen von Bier zu vertilgen. Immer wieder wurden sie „in die Kanne“ geschickt. Gemüdsdorf nahm für sich sämtliche Gefäße von der Wand herab und begann wieder zu zechen. Das Bier troff ihm förmlich den Mund herunter. Unter vielem Geschmatz und kräftigem Nalpsen brühte er seine animalische Befriedigung über den Abend aus. Ich selbst ward aufgefordert, einem Nezenhorn, das etwa zwei Liter sagte, zuzusprechen; ich sollte es in einem Zuge austrinken. Aller Augen waren auf mich gerichtet, ob ich es auch fertigbringen würde. In diesem Augenblick mußte ich unwill-

kürlich an mein Zausleben auf der Feglei und der Junderfabrik denken und konnte ein Lächeln kaum unterdrücken. Als ich das Kunststück doch fertiggebracht hatte, waren sie alle erstaunt und ich stieg noch mehr in ihrem Ansehen. Prochen durch spielte die Kanakapelle die wüstensten Operentenslager. Waren dies denn noch Studenten? Ich hätte gedacht, hier einmal ein Studentes zu hören, einen Kanus, wie ihn in München die Turnerschaft zu fingen pflegte, aber nichts von alledem. Als ich dem Grafen meine Verwunderung darüber äußerte, erwiderte er: „Ach, das überlassen wir den Durchschlafkern und andern romantisch veranlagten Jünglingen; so etwas ist hier nicht mehr zugehörig.“ Als die Stimmung infolge des gegenseitigen Zutrinkens und des Wills der dabei getriebenen wurde höher und höher stieg, stellten sich die Fische in Reich und Gled auf und fingen an, im Sprechchor einen Vers herzusagen, der die gemeinsten Joten enthielt. Sie beizten den Vers monoton herunter, einen ellenlangen Schmutz. Als sie damit fertig waren, mußten sie mit einem Gemäß Bier diesen Dreck begießen. Ich war während, ich verhehlte dem Grafen mein maßloses Erstaunen nicht. Ich sagte ihm rundheraus, daß ich darin eine bodenlose Geschmackslosigkeit sähe. „Zehn Sie sich doch nur den jungen Nezeleben an! Der Bergel ist ja über und über rot geworden.“ Abweisend entgegnete jedoch der Graf: „Das ist mir der Mistig! Der hat's faustdick hinter den Ohren. Und im übrigen, warum sollte er's als Fuchs besser haben als ich es gehabt habe. Unter dem Grafen W. S. hatten die Fische es viel, viel schlimmer.“ Des war jedesmal sein Refrain, wenn ich mich mit ihm über die rohe Behandlung der Fische unergelt. „Den jungen Leuten müssen erst die dämigen Rosinen aus dem Kopf getrieben werden!“ äußerte er mehrfach. „Sie müssen sich erst richtig benehmen lernen.“ Wie sie sich zu benehmen hatten, hatte ich eben zu meinem Entsetzen beobachtet. Um auf ein anderes Gesprächsthema zu kommen,

fragte ich ihn, ob sich Graf W. S., den er eben erwähnt hatte, nicht im vorigen Winter in Potsdam aufgehalten habe. Als er es mir bestätigte, äußerte ich: „Na, dann kenne ich ihn ja.“ Darauf fragte der Graf mich: „Dann kennen Durchlaucht auch den jungen Baron A.“ — „Gewiß!“ Den kannte ich schon mehr als gut: ein Windhund, sonst aber ein prächtiger Junge. Nun stellte sich heraus, daß eine Reihe Szabo-Vorlesen mit dem jungen Baron auf der Ritterakademie in Legau zusammengewesen waren. So wußten meine Kenntnisse von Persönlichkeiten und Umständen mir immer wieder; auch nicht der geringste Verdacht an meiner Prinzentolle kam auf.

Die Aneipe ging weiter und das Zausen wurde immer unheimlicher. Auf einmal sagte mich Gemüdsdorf unter den Arm und sagte: „So, Prinz, jetzt müssen Sie folgen lernen. Nezeleben, antworten! Zum Herrn!“ Darauf goß Nezeleben noch rasch einen Vier Vier hinunter. Wir versüßten uns in ein Rebenzimmer das eigens für diese Zwecke eingerichtet war. Der Beau folgte in das Lokal für die Verleiden, dessen ganze Einrichtung aus einer katten Peitsche bestand. Als einziger Schmuck hing ein Schild von der Decke auf dem zu lesen war: „Hier hat Goethe mit Vorliebe sinnend und dachend in den Herbsttagen des Jahres 814—815 gewollt.“ Als Gemüdsdorf meine Verwunderung darüber merkte, sagte er stolz: „Das alte Zuffrosche oben vom Schloß.“ Der junge Nezeleben begann jetzt zu zechen. Ich verneigte es vergebens. Gemüdsdorf kommandierte: „Geh' weg, drei, fertig! Los!“ Nezeleben neigte sich nach zwei Fergern unter der Wasserleitung, steckte sie in den Mund und mit strahlender Gesichtsglähe hatte er es fertiggebracht. Der Anblick war derartig, daß ich selbst gar keinen Versuch mehr unternahm. Der Beau machte alle Anstrengungen, mich zu animieren.

Bekannt

zu werden ist das Ziel jeder Geschäftsmann. Es

wird

Ihr Bestreben sein müssen, dafür zu sorgen, daß

Ihr Name

bei den Kunden haften bleibt. Dies erreichen Sie

durch gute

zielbewußte Werbung durch öftere Einschaltung von

Inserate

in unserem Blatte.

Verhärfung der Reaktion in Rumänien.

Der Tod Bratianus zog jene Folgen nach sich, jeder Kenner Rumäniens ohne weiteres voraussagen konnte. Aus der Verständigung der liberalen Regierung mit der national-bäuerlichen Opposition wird nichts. Die Regierung wird mit eiserner Zwangsgewalt in die Redoute der schärfsten Reaktion gedrängt.

Charakteristisch dafür sind die Auslagen des Staatssekretärs für Inneres, Tatarescu, bekannt als Unterdrücker des Aufstandes von Tatar-Bunar. Herr Tatarescu erklärte den Vertretern der Presse: „Eine liberale Regierung ist auf lange Zeit, zwölf Jahre, nicht nur notwendig, sondern auch unabweislich... die Regierung wird auch weiterhin konsequent sein und wird ein noch viel freiereres Regime der Ruhe erzwingen und erhalten, als bis jetzt.“ Dies galt der bürgerlichen Opposition. Auch auf alle anderen Fragen antwortete er in derselben Weise. Sein letztes Wort den Redaktoren gegenüber war: „Wir werden unterdrückt.“

Die wachsende Reaktion ankert sich aber nicht lediglich in den Worten des Staatssekretärs. Sie verläßt er nicht und wendet sich nun, wo die Konstitutionsverhandlungen gescheitert sind, die Unterdrückungs- und Repressionsmaschine unerbittlich gegen die Arbeiter- und Bauernorganisationen.

Überall werden jetzt Prozesse wegen der Wahlprovananda während der allgemeinen Wahlen im Juli in Szene gesetzt, überall arbeiten die Kriegesgerichte mit Vollkraft. Die Gewerkschaften werden nacheinander geschlossen und „gerichtlich“ geprengt.

Eine neue Offensive gegen die nationale Minderheiten.

Aus der neuen Dobrußa kommen Meldungen über eine Welle der Massaker über die wir noch zu berichten haben werden. In Konstantinopel wird es in den nächsten Wochen zu einem großen Prozeß gegen organisierte nationalrevolutionäre bulgarische Bauern kommen. Die drei laufenden Kriegesgerichtsprozesse über die Aufstände in Braut (ungarische Bauern), in Rascauti (ukrainische Bauern der Bukowina) und in Bessarabien (Kriegesgericht Miskowicz) sollen der Ausgangspunkt einer neuen Schreckenswelle gegen die Minderheiten werden. Sogar

die deutsche Minderheit.

die bisher noch am günstigsten abkam, sah sich gezwungen, an die Regierung ein Ultimatum zu richten mit der Drohung, sich sonst an den Selbstbund zu wenden. Die Initiative hierzu ging von Herrn Dr. A. Brandtsch, Führer der deutschen Minderheit in Rumänien aus, mit Unterstützung des Herrn Dr. Otto Hans Roth, deutscher Abgeordneter im rumänischen Parlament. Es genügt, deutsch gesprochen zu haben, um von den Gendarmen verhaftet und mißhandelt zu werden, wie es Herrn Robert Kreuzer in Orsova erging. Herr Tatarescu arbeitet aber an der Verstärkung der Gendarmerie. (In diesem Zweck fand eine Konferenz aller Polizeien in Klausenburg statt.)

Neue „bolshewistische Verhöhrungen“ werden ertönt. Der Druck gegen die Bauernschaft verhärtet sich umso mehr, als jeden Tag neue Sonderverordnungen ausgedacht werden. Ganze Seiten der Zeitungen beschäftigen sich ausschließlich mit dieser Agrar-Affäre.

In den Städten ist der administrative Druck sogar gegen bürgerliche Stadverwalter so groß, daß die national-bäuerliche Mehrheit des zweiten Sektors der Hauptstadt Bukarest, wegen Unmöglichkeit der Amtsausübung, ihre Demission einreichen mußte.

Unterdessen geht in den Volksmassen der Prozeß der Sammlung gegen die Diktatur in schnellem Tempo vor sich. Einswillen ist es noch die Carol-Legende, um die sich die Opposition des Volkes hat.

Die angelegten Carlisten werden nacheinander freigesprochen, nicht nur von den Kriegesgerichten, sondern auch von den Geschworenen (Abolplaz At. Ciobanu in Huschi).

In Salsi (Bessarabien) mußte das Gericht unter dem Druck eines zweiwöchigen Hunger- und Durststreiks es schon seit vier Monaten verhalten „ausländische“ Bauern freilassen. Diese Bauern hatten sich dem Raub der Wahlen durch die Gendarmen widersetzt.)

Tages-Neuigkeiten.

Aus dem Schuldbuch des tschechoslowakischen Militarismus.

Wir haben vor einigen Monaten einem deutschen Ingenieur, dessen Namen wir natürlich heute so wenig wie damals nennen können, Raum gegeben zur Schilderung der traurigen Erfahrungen, die er, ein frakter Mann, beim tschechoslowakischen Militär machte. Wir lassen nun ein Schreiben des Betroffenen folgen, das er dieser Tage an unsere Proger Zentralredaktion schickte; hat und aus dem hervorgeht, daß ihm unsere feinerzeitige Veröffentlichung zwar leider noch nicht zu seinem vollen Rechte verholfen, erfreulicherweise aber doch nicht vergebens erfolgte:

Verehrte Redaktion!

Der „Sozialdemokrat“ hat am 27. August 1927 meinen traurigen Fall beschrieben. Es wird Ihnen noch erinnerlich sein, daß ich trotz eines Lungenleidens im Mai 1926 Felddienstanglich befunden wurde, die Waffenübung mit A-Qualifikation durchmachen mußte und dadurch eine tiefgehende Persönlichkeitserkrankung erlitt, so daß ich viele Monate in einer Heilanstalt zubringen mußte und auch heute noch nicht genesen bin. Dies geschah, trotzdem ich bei meiner Einziehung dem Arzte von meinem Zustand genaue Mitteilung machte.

Am 1. März suchte ich um meine Superarbitrierung an und habe sie später in zahllosen Zuschriften an alle möglichen Aemter urgirt. Erst Jahre Veröffentlichung bewirkte, daß ich vorgeladen wurde. Dann dauerte es wieder eine lange Zeit und erst jetzt, am 9. Dezember, mehr als neun Monate nach meinem Besuch, kam ich vor die Kommission. Dafür war das Verfahren außerordentlich kurz. Ich erfuhr weder meine Qualifikation, noch ob mir eine Auswahlerweiterung zuerkannt wurde. Das sei so Vorchrift, wurde mir gesagt.

Gegen den Militärarzt, der meinen Zustand auf dem Gewissen hatte, erbatete ich die Strafverfolgung beim Divisionsgericht. Nachdem geraume Zeit verstrichen war, teilte mir der Militärprokurator in einem einzigen Satz ohne Angabe von Gründen mit, daß er die Strafverfolgung des Beschuldigten ablehne. Ich brachte die Beschwerde ein und das oberste Militärgericht bestätigte nun vor kurzem den Standpunkt des Militärprokurator und verwurft meine Beschwerde.

In der Begründung stütze sich das Gericht auf die Aussage des Beschuldigten: Er hätte mich zu einer neuerlichen Untersuchung bestellt und mir zugesagt, mich zur Konstatierung zu schicken, ich wäre aber nicht wieder gekommen. Diese Behauptung ist unwahr und mir wurde — da ich sie nicht konnte — während des ganzen Verfahrens keine Gelegenheit gegeben, ihr zu widersprechen. Das Gericht aber hat sich dieser, durch seinen Schimmer von Beweis erklärten Aussage angelassen. Das vom Krankenkassenrat ausgestellte Gutachten, daß zur Zeit meiner Einziehung eine leicht konstaterbare Lungenkrankung vorgelegen haben mußte wurde überhaupt nicht berücksichtigt. Da ich keine schriftlichen Beweise für mein Leiden vorlegte, bestand nach Ansicht des obersten Militärgerichtes auch nicht der Verdacht eines solchen.

Ich bitte Sie, verehrte Redaktion für Ihre feinerzeitige Veröffentlichung meinen Dank entgegenzunehmen, denn ich bin sicher, daß meine Angelegenheit — wenngleich erst nach neun Monaten — nur durch Ihre publizistische Hilfe überhaupt behandelt wurde. Dies ist umso dankenswerter als andere Proger Blätter in militärischen Dingen eine geradezu auffallende Reserve an den Tag legen.

Ich bitte Sie, den ehrlichen Ausdruck meiner Hochachtung entgegenzunehmen...

Die unhaltbaren Zustände im Heilfond.

In seiner Sitzung am 20. November 1927 hat der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper die folgende Entschliessung gefaßt, welche an die Ministerien des Inneren und für soziale Fürsorge, die drei Landesauschüsse und den Zentralauschuss des Heilfonds gelaht wurde:

„Der Vorstand des Verbandes der deutschen Selbstverwaltungskörper, deren Beamte und Mitglieder des Heilfonds der öffentlichen Angelegenheiten zu sein, weist auf die unhaltbaren Zustände hin, welche sich durch die jetzige, sozialen Grundfragen zumüberlaufende Gebarung des erwähnten Zentralauschusses des Heilfonds entwickelt haben. Dieser Zustand hat bereits dazu geführt, daß auch die praktischen Zwecke der Behandlung für den Heilfond ablehnen.“

Obwohl durch die spärlichen Leistungen dieses Heilfonds den Mitgliedern ohnedies nicht viel zuzukommen ist, müssen sie noch bei Gewährung einer ärztlichen Leistung ganz unmögliche und unheilbare Leidenstände durchmachen. Bei einer heilbaren, außerordentlichen Leistung müssen 50 Prozent des mit den Ärzten vereinbarten Lohnes im voraus erlegt werden bei der Bewilligung eines Kurkostenbeitrages müssen vorher die Rechnungen über die gesamte Kur bezahlt werden und erst dann wird in den seltensten Fällen ein geringer Teil dieser Kosten dem Mitgliede rückerlegt. Da

nicht jeder öffentliche Angestellte in der Lage ist, im voraus und sofort zu bezahlen, muß er auf die Leistungen des Heilfonds verzichten. Die Gesuche der Mitglieder werden beim Zentralauschuss monatlang liegen gelassen und die Erledigung wird oft gegen den Antrag des Bezirksauschusses und des Bezirksarztes ganz willkürlich und ohne Angabe von Gründen in abweisendem Sinne hinausgezögert. Das kranke Mitglied muß auf ärztliche Hilfe so lange warten, bis es zu spät ist oder aber es sich selbst hilft, und ohne Heilfond in Behandlung eines Arztes tritt.

Schließlich erhebt der Verband auch Widerspruch gegen die Verletzung der Sprachrechte, welcher sich der Zentralauschuss des Heilfonds gegenüber den deutschen Vereinten fortgesetzt schuldig macht und verlangt deren eheite Abstellung durch Herausgabe deutscher Zeitschriften, Druckereien und Erledigungen.

Der Verband fordert im Namen der ihm angeschlossenen Selbstverwaltungskörper und im Interesse der öffentlich angestellten Gemeinde- und Bezirksbeamten nachdrücklich Abstellung der gerügten Mißstände und ladet die Verbandsmitglieder als Arbeitgeber ein, in diesem Sinne zu wirken.“

Mitgefühl.

Von Richard D'Or.

Mein Stammtafel ist ein Hort mitfühlen der Herzen.

Wohne!

Was Wunder, daß auch ich ein weiches Herz besitze. — Gestern kommt ein Kollege auf mich zu.

Er hat fünf Nächte nicht geschlafen.

Die Wirtin verlangt die Bezahlung der Miete.

Was ist zu machen!

Aber er hat Glück, denn ich habe ein weiches Herz (siehe oben), eine Wohnung und eine Freundin.

Mitgefühl!

Ich werde daher meinen Besuch bei meiner Freundin etwas ausdehnen.

Mein Gast wird in meine Bude geschmuggelt.

Schieben Sie den Riegel vor! Wenn Sie sicher sind, daß der Wirt nichts gehört hat, dann schieben Sie den Riegel wieder zurück.

Drei Uhr nachts.

Ich drücke leise den Türgriff nieder, vorsichtig, daß mein Wirt nichts höre.

Die Tür geht nicht, — der Riegel ist vor!

Ich gehe spazieren.

Zwanzigstrake Kanstrafe, Kurfürstendamm, Zwanzigstrake, Vergeblicher Versuch, in mein Zimmer zu gelangen.

Zwanzigstrake, Kanstrafe — — — — —

Halb sechs Uhr morgens.

Ich bin zu allem entschlossen.

Meinem Gast aber schwöre ich Zeichen meiner Gastfreundschaft zu geben, die er nicht so bald vergessen soll.

Ich drücke fest und kräftig an der Türklinke meines Zimmers, laut, lärmend.

Beibehaltung.

Er öffnet.

Meine Gut, — jetzt kommt sie zum Ausbruch!

Ich nehme die Stellung ein, als wolle ich rufen: „Sie, Sie, was stellen Sie sich eigentlich —“

Und mein Gast mit Treuerzigkeit:

„Haben Sie lange geklopft?“

Ich bin entzückt vor soviel — Mitgefühl!

Der Kapitän des Dampfers „Formosa“.

Alle man, der an den Rettungsarbeiten beim Untergang des italienischen Ozeandampfers „Prinzipesta Masalda“ hervorragenden Anteil hatte, und der vor einigen Tagen nach Marseille zurückgekehrt war, ist Dienstag im Verlaufe einer Gerichtsverhandlung wegen Erbangelegenheiten plötzlich einem Herzschlag erlegen.

Der Mutter wegen den Bruder erschossen.

In Kronach (Oberfranken) geriet der 25 Jahre alte Johann Engelhardt mit seiner Mutter in einen Streit. Als es zu Tätlichkeiten kam, ergriff der 23 Jahre alte Bruder Max einen scharfgeladenen Revolver und erschoss seinen älteren Bruder.

Ein Ohr wird gekauft.

In den Chicagoer Blättern stand dieser Tage unter anderen Kaufangeboten folgende Anzeige eines Rechtsanwalts: Ich biete 200 Dollar der Person, die einer meiner Klientinnen ihr linkes Ohr überläßt. Die Operation wird diskret durchgeführt werden von Chirurgen, deren Tüchtigkeit alle würdigen Garantien für Gefährlosigkeit bietet. Nur Personen unter 25 Jahren mögen sich melden.

hoben. Die kapitalistische Weltordnung hat zum Glück dafür gesorgt, daß sich junge Frauen genug finden werden, die bereit sind, das linke Ohr zu opfern, um nicht ihren ganzen Leib verkaufen zu müssen. Arme Leute haben an einem Ohr genug; wenn der liebe Gott ihnen zwei gab, so tat er es offenbar nur, damit Erbschaften für die Reichen da sind, denen etwa ein Ohr abhanden kommt. Deshalb spricht man ja wohl auch von der „mitgewollten Gesellschaftsordnung...“

Kindertagobdi.

In einer zerfallenen Barade des ehemaligen französischen Dörfchens Maure pas, das einst im Brennpunkt der Somme-Schlacht lag und völlig zerstört worden ist, leben seit mehreren Monaten vier kleine Kinder im Alter von vier, fünf, acht und neun Jahren sich selbst überlassen. Die Mutter hatte die Kinder zurückgelassen und war ihrem Geliebten nachgefollt. Von Zeit zu Zeit kehrt sie zurück und schaut nach den Kindern, verschwindet dann aber rasch wieder. Es sind die Kinder bisher auf den Bettel angewiesen gewesen. Sie sind völlig unterernährt und verwahrloht. Jetzt hat sich der Bürgermeister der Unglücklichen angenommen.

Das Rad'o als Retter der dänischen Landeshöhne.

Im dänischen Reichstage brachte das Kabinett einen — ausnahmsweise — von allen Parteien mit Sympathie begrüßten Antrag ein, der eine Verschmelzung des dänischen Radio-Befens mit der Landesbahn zur Rettung der Landesbahn vorsieht. Das Dänische Theater arbeitet seit Jahren mit riesigen Verlusten, die bis über zwei Millionen Kronen lächerlich betragen, während der Radio-Rat, die dänische Radio-Organisation, jährliche Ueberschüsse von mehr als einer Million erzielt. Da das dänische Radio bisher nur provisorische Verwaltungs- und Schwachlokale hat, soll mit seiner Hilfe der Landesbahn ein Konzertsaal und eine Schaubühne gebaut werden, die dem Theater zu rationellem Arbeiten verhelfen sollen. Dagegen verpflichtet sich das Theater, wöchentlich verschiedene Male bestimmte Vorstellungen und Konzerte kostenlos dem Rundfunk zu überlassen.

Tonna Ruana.

In Chicago stand dieser Tage eine Frau unter der Anklage der Polygamie vor Gericht. Einem ihrer Gatten, Alexander Kerrington, war ein Buch in die Hände gekommen, in dem seine Frau ein halbes Duzend Adressen von Männern verzeichnet hatte. Er wurde eifersüchtig und stellte einen der Männer, Michel Doronach, zur Rede. Dieser war höchst erstaunt. „Parthyn ist meine legitime Frau“, sagte er. „Sie ist seit einigen Monaten auf Reisen.“ Alexander Kerrington setzte nun seine Nachforschungen fort und machte noch drei Gatten seiner Frau ausfindig. Die hübsche Gattin wurde zu fünf Jahren Kerker verurteilt.

Die Karlsbader Kurkuren.

Die Karlsbader Kurkuren. Wie das tschechische Amt der Kurstadt Karlsbad mitteilt, betrug am 12. Dezember die Zahl der seit Jahresbeginn gemeldeten Kurgäste 63.418. In dem erwähnten Tage befanden sich in Karlsbad 335 Kurgäste.

Große Feuergefahr in Liverpool.

Der Stadt Liverpool droht eine große Feuergefahr. Aus einem ledernen Petroleumschiff ergossen sich 8000 Tonnen Petroleum in der Mersey-Straße und bewegten sich auf die Stadt zu. Sämtliche Polizeikräfte wurden sofort zur Bewachung der Küstener mobilisiert, um zu verhindern, daß brennende Gegenstände in den Fluß geworfen werden. Die Feuerwehr hat Schlauche in einer Länge von Tausenden von Metern aufgelegt. Feuertender Feuerlöschapparate an den sieben Meilen langen Dock-Rais verteilt worden. Das Kohlen-transportschiff „California“ mit 1200 Mann aus Bombay an Bord ist vorsichtshalber von seinem Standort abgeschleppt und in ein Dock gebracht worden.

Die Aktion der Pensionslosen der Nachfolgestaaten der ehemaligen österr.-ung. Monarchie.

Die Aktion der Pensionslosen der Nachfolgestaaten der ehemaligen österr.-ung. Monarchie veröffentlicht in den Blättern einen Notruf, in dem gebeten wird, zur Linderung der Not der Pensions- und Heimatslosen der ehemaligen Staatbeamten und Offiziere über Beschluß der im Völkerbund vertretenen Mächte eine neue Frist zur Operation zu gewähren mit dem Zusatz, daß der betreffende Staat, für den sich der Poptant entscheidet, auch für dessen rechtliche Altersversorgung aufzukommen hätte.

Gültigkeitsverlängerung der Halbjahreskarten für Geschäftsreisende.

Ueber Anfragen der Union der Geschäftsreisenden und Vertreter in Prag hat das Eisenbahnministerium mit Erlaß Nr. 19.458-III/3-1927 die Verlängerung der zu 60 Prozent des Jahreskartenpreises angekauften Halbjahreskarten für fünf Tage nach Ablauf der Gültigkeit dieser bestimmt, und zwar in dem Falle, daß der Besitzer dieser Karte bereits die zweite Hälfte für 35 Prozent bestellt hat. Der Besitzer einer solchen Halbjahreskarte muß sich jedoch unbedingt mit einer Besätigung der Organisation ausweisen, daß er bereits die zweite Halbjahreskarte bestellt und bezahlt hat.

Verziehung des Ziehungsstermines.

Da noch nicht sämtliche Lose verkauft erschienen, wurde mit Genehmigung der Staats-Lotteriedirektion in Prag vom 8. Dezember 1927, 3. 1971/301 1927, die Ziehung der 1. Wohltätigkeits-Effekten-Lotterie des Bundes der Kriegsveteranen, Wunden und Waisen, Reichenberg, vom 15. Dezember 1927 unumkehrlich auf den 15. März 1928 verschoben. Lose dieser Lotterie zum Preise von 5.— sind noch in allen Postämtern zu haben oder können auch direkt von der Hauptverwaltung, Reichenberg, Poststraße 2, bezogen werden.

Das Grab des Dichters der „Internationale“.
 Wenige Arbeiter wissen, wer der Dichter des Tages und der Melodie der „Internationale“ sind. Allgemein ist der Glaube verbreitet, daß die Internationale in den Kämpfen der Pariser Kommune, so wie die „Marxillade“ in der großen Revolution entstanden war. Das ist aber ein Irrtum. Die „Internationale“ ist viel später entstanden, und zwar, als nach der Einbürgerung der Dritten Republik die „Marxillade“ offizielle Nationalhymne wurde, und die französischen Arbeiter sich um ein anderes Revolutionslied bemühen mußten. Der Viller Arbeiterkomponist Adolphe Degeyter vertonte zu die'm Zwecke die Worte des sozialistischen Dichters Eugène Pottier, und das wurde dann die „Internationale“, die seitdem von China bis London von den Arbeitern gesungen wird. Der sozialdemokratische Bürgermeister von Viller bemühte sich seit Jahren, das vergessene Grab Degeyters im Friedhof von Viller festzustellen. Das ist nun gelungen und die Viller Arbeiterchaft bereitet sich unter Teilnahme der Zweiten Arbeiterinternationale auf eine Gedenkfeier beim Grabe des Dichters der „Internationale“ vor, die am 15. Jänner nächsten Jahres stattfinden wird.

Eine eigenartige Demonstration gegen den Faschismus. Seit einigen Tagen wurden in der Umgebung von Bologna Zweireisende in Umlauf gebracht, auf denen antifaschistische Aufschriften und Zeichen angebracht waren. Als Täter wurden zwei Leute aus Modena verhaftet. Eine offizielle Kundmachung hat kürzlich mitgeteilt, daß solche Münzen mit antifaschistischen Zeichen als ungültig anzusehen seien.

Abgeschlagener Lynchversuch. In Goldsboro in nordamerikanischen Staate Nord Carolina kam es bei einer Gerichtsverhandlung gegen einen Neger zu großen Tumulten. Die Anklage gegen den Neger lautete auf Mord, begangen an der 15-jährigen Tochter eines Farmers. Das Urteil lautete nach 16stündiger Verhandlung auf Todesstrafe. Vorher das Urteil verkündet wurde, unternahm Angehörige der Ermordeten einen gewalttätigen Eingriff auf den Sitzungssaal, um den Angeklagten zu entführen und zu lynchen. Der Richter wollte sich zunächst mit einem Revolver zur Wehr setzen, sah sich aber in der Minderheit und mußte seine Waffe wegschleppen. Ehe die Menge den Neger ins Freie schleppen konnte, griff Militär ein, brachte den Gefangenen in Sicherheit und säuberte den Gerichtssaal.

Berlins Weihnachtsverkehr. Der Silberne Sonntag stellte an die Verkehrsmitel der Reichshauptstadt außergewöhnliche Anforderungen, so daß alle verfügbaren Verkehrsmittel eingesetzt werden mußten, um die Menschenmenge befördern zu können. Mit der Straßenbahn fuhren rund 14 Millionen, mit der S-Bahn und U-Bahn rund 5.600.000, mit den Autobussen 450.000. Die Stadt-, Ring- und Vorort-Bahn hat rund eine Million Menschen befördert.

Gerichtssaal.

Müssen Gerichts'nalberichte „zutrifft“ werden?

Von J. Reismann.

„Gott, wie ist doch die Zeitung interessant!“, dieser Grundsatz ist für die kaiserliche Presse bei der Abfassung ihrer Berichte der maßgebende. Daß man es mit der Wahrheit nicht allzu genau nimmt, das weiß heute bereits jedes Kind. Je mehr ein Blatt auf Kosten der Wahrheit zusammenfügt, desto mehr gehört es zu jener „Journalistik“, jener furchterlichen Macht, die Karl Kraus nach Gebühr angepöbel hat, und die dann die öffentliche Meinung zu vergiften und sie für ihre korrupten, ungläubigen Zwecke umzustimmen.

Ganz dem Charakter einer solchen Presse angepasst ist natürlich auch das Gerichts'nalreferat. Der ein aufmerksamer Leser dieser Rubrik in verschiedenen Blättern ist, dem wird es auffallen, daß ein- und derselbe Fall in verschiedenen Zeitungen ganz verschiedenartig behandelt wird. Ganz abgesehen von Prozessen politischen Einschlags, wo sich jede Zeitung bei einem Referat in der Regel nur das ihr Passende herausucht und ihren Lesern berichtet, kann man aber auch bei der Darstellung der gewöhnlichen, alltäglichen Strafdelikte wie es Diebstahl und Betrug sind ja sogar bei der Schilderung von Nebenretungen, wie es beispielsweise Ehrenbeleidigungen sind, in den Referaten der einzelnen Blätter die merkwürdigsten Abweichungen feststellen. Woher kommt es, daß das eine Blatt über einen Fall einen ganzen Roman berichtet, das andere den gleichen Fall mit ein paar Worten abtut, das dritte aus dem gleichen Fall eine Humoreske macht? Die Antwort liegt auf der Hand: das hängt von dem betreffenden Journalisten ab wie er den Fall „aufmacht“ wie der Ausdruck für ein Referat lautet, das weiß das wiederholt, was sich oft im Gerichts'nal überhaup nicht ereignen hat.

Als oberster Grund für ein Referat über eine Gerichtsverhandlung sollte der Standpunkt absoluter, objektiver Wahrheit gelten. Jeder bestünde nicht alle Reporter sowie Gewissenhaftigkeit und Verantwortungsbewußtsein diesen Standpunkt zu vertreten. Die meisten Gerichts'nalreferenten glauben, daß sie für das Publikum schreiben müssen und sie verzichten daher ganz in der Art von Anklagenverlesern beim Theater, nicht auf gewisse Mäntel und Hüten, um einen Fall so darzustellen, daß er — dem Leser gefällig nicht aber wie er sich wirklich verhalten hat. Dem Richter, dem Angeklagten, dem Anwalt,

den Zeugen, dem Staatsanwalt, den Sachverständigen werden Worte und Ausdrücke in den Mund gelegt, die sie niemals gesprochen haben, Evidenzen und Tatbestände werden so wiedergegeben, wie sie niemals stattfanden, nur damit — der Leser auf seine Rechnung kommt und lachen kann, da ein Angeklagter, der zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, für den Reporter Freiheit ist, mit dem er nach seinem Gutdünken machen kann, was er will. Ja nicht genug davon, es gibt eine Reihe Prager Blätter, die Gerichts'nalreferate wiedergeben, die rein erfunden sind, Fälle, die sich überhaupt nie vor einem Gerichte ereignet haben, die sich der betreffenden Journalist ausgedacht hat — meistens sind es erotische, anzügliche Geschichten — und die dann eine würdige Ergänzung des übrigen Inhaltes der Boulevardpresse sind, wie es eine solche hierzulande in Hülle und Fülle gibt.

Ist es nicht eine traurige Verirrung einer Berichterstattung, wenn der Referent eines großen Prager Blattes unerbittlich erklärt: „Mir genügt ein Satz, die übrigen, zu einer wirkungsvollen Darstellung des Falles gehörenden Details erfinde ich mir schon selbst dazu, genau so wie ein Dichter oder Schriftsteller einen Stoff gestaltet, eine Episode aus schmückt, ebenso besitzt auch der Gerichts'nalreferent ein Recht dazu, dem Publikum einen Fall so vorzutragen, wie er ihn — sah!“ Unter diesem „Sehen“ meint der Betreffende, daß er seiner Phantasie freien Lauf lassen und einfach das niederschreiben darf, was ihm und seinem Lesepublikum beim Frühstückstafeloc munde!

Unsere Meinung ist, daß das Gerichts'nalreferat auf keinen Fall der Zummelplatz für belletristische Organe werden darf. Die Gefahr, die in einer solchen Berichterstattung liegt, ist eine ungewisse: das Publikum ist verleitet, den Gerichtssaal, der in der Mehrzahl der Fälle ein Ort der düstersten, tragischsten Szenen ist, für ein Kasperltheater zu halten, wo man sich unterhalten kann. Gewiß, es gibt auch humoristische Episoden, aber wie selten sind solche? — die meisten Fälle sind durchaus ernst, oft herzerschütternd, und es gehört wirklich Gewissenhaftigkeit dazu, dem Publikum vorzulegen, was sich nie und nimmer in den Räumen des Gerichtes ereignet hat. Dadurch wird sogar Verbrechen und Uebertretungen vorgearbeitet, da sich der naive Leser denkt: „Bei Gericht muß es aber interessant sein.“ und der Fall, daß jemand darauf stolz ist, sei es als Zeuge, sei es als Angeklagter in der „Zeitung genannt“ zu werden, ist auch schon vorgekommen! Eine weitere Gefahr in der lägenhaften, zutrifften Gerichts'nalberichterstattung liegt darin, daß der Gerichtssaal wie ein Theater zum Schauplatz einer sensationsgierigen Menge wird, die oft stundenlang bei einer Verhandlung sitzen und auf das „Interessante“ warten kann, das in der Regel nicht kommt.

Daß eine solche systematisch betriebene, aufstellende Gerichts'nalberichterstattung ein ganz solches Bild von der Kriminalität überhaupt geben muß, haben wir ein unglückliches Beispiel eines großen ausländischen Parteiblattes gesehen, welches — sicherlich in Unkenntnis der Dinge bei uns — ein paar solcher zutrifften Gerichts'nalberichte aus einer Prager bürgerlichen Zeitung geschnitten und zusammenhängend mit einem Titel veröffentlicht hat, der geeignet ist, im Auslande den Eindruck zu erwecken, daß in unseren Gerichts'nalberichten lauter Zutrifft herumlaufen, die kein größeres Verhängnis kennen, als vor dem Richter ihren „Vollstundum“ zu beweisen, und kein größeres Erdbeben, als in unseren schändlichen Kriminalen eingesperrt zu sein! Dies geschah zur selben Zeit, da gewisse Abgeordnete der Witten in Prager Parlament eine große Rede über das entsetzliche Anwachsen von Eigentumsdelikten aus Kot hielt, und seine Ausführungen mit statistischem Material vom Prager Landesgerichte belegte!

Im Interesse eines Abbaues der Kriminalität, im Interesse des Ansehens der Justiz und einer unabhängigen, verantwortungsvollen Journalistik kann nicht genug energisch auf eine wahrheitsgetreue, unverfälschte, objektive Gerichts'nalberichterstattung gehalten werden.

Berliner Theater.

Piscatorbühne: „Rasputin.“ — Volkstheater: „Hinkemann.“

„Und wo ihr's podi, da ist es interessant!“ — was Piscator meint. Es gehört schon etwas Originalität dazu, eine ganze Weltgeschichte aus Zeitungen zu konstruieren und aus Zitierten und Zitierten Kaiser, Imperatoren, Kaiserinnen, Kaiserinnen, Kaiserinnen hervorzuheben und dokumentarisch belegte Tatsachen hervorzuholen zu lassen. Man sieht in das Gerichte bei Anna Wyrubowa, der langjährigen Mitarbeiterin des Völkischen, findet dort fast alle politischen Annoten verknüpft, auch den zum Rasputinmord, den die Nationalisten verüben. Das „Rasputindrama“ hat aber weder die logische Vertiefung, noch die Lösung einer Tragödie, soweit man an die wirklichen Geschehnisse denkt. Was Schopenhauer und Tolstoi verbrachten: Neher mit Zentrationsbeilage, das wird in Piscators chemisch-intellektueller Länge rückwärts in das Motiv: „was geschah wirklich mit Rasputin?“ Zufälle verknüpfen sich mit Annoten und anderem zum Porträt eines genialen Verbrechens: Rasputin, dessen Hände trotz ihrer Plumpheit deshalb wirken, weil die Macht seines vielsichtigen Instinktes hinter ihnen steht. Das sind andere Wirkungen, als man bisher auf dem Theater gewohnt war, ungewohnt, da die Regie sich politisch nur fürs Tatsächliche zu interessieren scheint. Man sieht, wie in der Eisenbahn gepöbelte Zeitung — der Zuschauer fährt chronologisch genau an dem vorbei, was er vor zehn Jahren in der Zeitung gelesen hat, mit dem Unterschied, daß er damals jede Zeitungsnote überprüfte, die Eisenbahnreden verlässlicher durfte die „dramatischen Effekte“, die ja keine sind, weil

Kleine Chronik.

Luftige Bagantengeschichten.

Von Engelbert Wittich.

(Nachher verboten.)

Das verpöndete Saitenspiel.

Zwei Zigeuner wollten eine Geige verhandeln. Aber sie wurden das Saitenspiel nicht los. Da verabredeten die beiden braunen Schelme folgenden Streich: Einer von ihnen suchte eine Schänke auf, um leichtlich zu tafeln. Weil er aber Justament kein Geld habe zur Bezahlung der Zechen, macht er dem Bettler Wirt den Vorschlag, ihm sein Instrument, eine alte, teure Meistergeige, zum Verloß da zu lassen, bis er wieder zurückkomme, um die Schuld zu begleichen. Der Wirt ist damit auch einverstanden. Darauf geht der Zigeuner fort.

Wie zufällig kommt nach einiger Zeit — so wie sie es vorher ausgemacht hatten — der andere Zigeuner in das Wirtshaus. Auch er hat eine Geige und möchte sie gern verkaufen. Der Gastwirt jedoch bedauert, indem er nebenbei auch die Geigengeschichte erwähnt. Auf das lebhafteste Verlangen des Zigeuners zeigt er ihm auch das verpöndete Instrument. Dieser erklärt sofort enthusiastisch, das wäre ein Meisterinstrument, ein seltenes, teures Stück und er würde dafür gleich 300 Mk. geben, das sei es zwischen Brüdern wert, zumal er auch schon einen Liebhaber dafür wüßte. Eifrig gibt er dem Wirt den guten Rat, die Geige einzuhandeln, wenn der Eigentümer zurückkehrt. Dann werde er diese, mit einem netten Profit für den Gastgeber wieder zurückkaufen.

Dieser, der das Gestalt der schwarzen Schelme für bare Münze nimmt, verspricht es ihm. Nobel spendiert der Zigeuner noch zwei Flaschen Wein, hinterläßt umständlich seine, angeblich genaue Adresse und verschwindet.

Schon am Abend erscheint der erste Zigeuner wieder, um seine Schuldigkeit in Ordnung zu bringen und die verpöndete Geige einzulösen. Der profitliche Wirt, in der Hoffnung, auf leichte Art ein gutes Geschäft zu machen, handelt dem scheinbar sich sträubenden Zigeuner nach langem Hin und Her endlich die Geige um 200 Mk. ab, nebst einem guten Beiser. Nachdem der Zigeuner tüchtig gegessen und getrunken, völlig zufrieden mit sich und der Welt, die ja bekanntlich betrogen sein will, verduftet er mit dem Geld. Gleich setzt sich jetzt unter hoffnungsvoller Wirt hin und schreibt dem anderen Zigeuner eifrig, er möge flugs kommen und die Geige holen, er habe sie schon gekauft. Der Brief kommt aber als unbestellbar zurück. Mißtrauisch geworden, geht der gute Mann zum Schlichter und läßt die Geige besichtigen. Resultat: Das wäre eine gewöhnliche Violine, welche den bezahlten Wert lange nicht habe.

Als hernach der laubere Geigehandel im Orte ruhbar wurde, zeigte sich wieder einmal die Wahrheit des Sprichwortes:

„Wer den Zehner hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.“ Und heute noch wartet der hereinfallende Wirt auf den spindblühenden Zigeuner!

Die Henne, das Luder

Eine Zigeunerin kam in ein Bauernhaus, um zu betteln. Es ließ sich aber im ganzen Hause niemand finden. Da ergatterte die Gaunerin geschwind eine ihr unvorzüglich in den Weg gelaufene Henne, und wollte ihr gerade mit einer geschickten Handbewegung den Hals umdrehen, als sie Schritte hinter sich hörte. In der Meinung, sie wäre von einem der Hausbewohner überfallen worden, ließ sie das Luder schnell wieder fahren und schimpfte dabei laut: „Geh weg, du Luder, es lauft mir immer nach, das Luder.“ Es war aber kein Hausangehöriger, sondern eine — andere Zigeunerin.

Der Zigeunerknecht.

Ein Zigeunerknecht oder „Ballato“, wie das fahrende Volk einen solchen Armen der Kermis nennt, wollte immer wissen — da er zum ersten Male bei einer Zigeunergesellschaft engagiert war —



Hinaus mit den Kindern in Sonne und Schnee!

Elida Coldcream schützt die zarte Haut Ihres Kindes vor dem unangenehmen Aufspringen. Genährt, gereinigt, geschützt vor Nässe und Kälte wird die empfindlichste Haut auch im Winter weich und gesund bleiben.

ELIDA COLD CREAM

wie man die Jgel fängt. Die Zigeuner, welche gerne einen Spah machen, benötigen diese Gelegenheit und machen mit dem neugierigen Knecht, der von Haus aus etwas beiriffstüchtig war, einen Scherz. An einem schönen, mondellen Abend wird er von ihnen mit auf die Jagd genommen. Unter einem Baum legen die Zigeuner einen offenen, leeren Sad. Auf Geheiß der gumütigen Knecht zwei Jgelsteine mitgeschleppt. Mit der Rechten mußte er auf den Baum klettern und, oben sitzend, die Pachtsteine kräftig zusammenschlagen und laut damit klopfen. Durch das Klopfen würden dann die Jgel herbeigelockt und von selbst in den Sad hineinkriechen. Der naive Zigeunerknecht glaubte das auch und klopfte wirklich, zum Gaudium der ihn aus der Ferne beobachtenden Zigeuner, eine geschlagene Stunde lang. Endlich aber rief er mit klaglicher Stimme vom Baum herab: „Aber jetzt verkrachte ich es bald nimmer. Ich klopf schon so lang und es kommt kein Jgel. Ich kann fast nicht mehr.“

„Er solle nur noch eine Weile anhalten und noch ein wenig klopfen“, antworteten ihm die Zigeuner belachend, „es sei jetzt nahe daran, daß die Jgel kommen würden.“

Und ist es ihm seither nicht zu dumm geworden, so sitzt er noch immer auf dem Baum und klopft! (Anmerkung.) Bekanntlich ist der Jgel gewissermaßen die „Nationalspitze“ der Zigeuner. Er wird von ihnen bei Tage selbst gefucht, bei Nacht nur durch dazu extra abgerichtete sogenannte Jgelhunde.

sie nicht naturgemäß aus der Handlung hervorgehen (politische Notwendigkeit ist kein Theaterbeweis) sind stärker als die alten Gustav Freitag'schen Höhepunkte und Katastrophen, weil sie ernsthaft sind, sind dramatische Explosionen wie z. B. der Rasputinmord mit seinen Kellkäuern und seiner Revolverblutdramatik. Das scheint das innerlichste, dokumentarische Theater zu spielen, aber was geschieht, wenn die spielbaren Dokumente ausgehen? Wird man dann zu den Dichtern zurückgreifen? Und wie?

Doch brauchen diese Dokumente Beweise, die diesmal jedoch in der Hauptsache mangelnd waren, denn es genügt heute nicht mehr, ein paar photographisch schwache Arieenbilder laufender Soldaten, fliehender Granaten, abfliegender Aeroplane, oder einige „Scherenschnitte“ aus alten Filmen laufen zu lassen. Das übertrifft jedes Konsumttrübsfilm, jeder Tag aus Barbudo's Buch „Feuer“

Das Spiel der Schauspieler, obwohl er gerade weil es nicht so regiebetachtet wie beim bürgerlichen Theater war, wirkte stark. Besonders Wegener, ein Ungestüm, gemischt aus Brunnst, Gemeinheit, Kraft und Willen, die originelle Karin Eila Duleux, Kollers irgendwie elegischer Jar-Schwachkopf erschütterten. Das ist dramatischer tun müssen: jede Handlung, jeden Griff psychologisch zu begründen, hier hatten die Schauspieler ihre Arbeit zu übernehmen, mit den historischen Zufällen zu ringen.

Eines der wesentlichsten künstlerischen Ereignisse Berlins in der letzten Zeit war die Aufführung des Hinkemann von Toller in der Volkstheater. Nicht nur, daß ein Schauspieler vom Format Heinrich Georges als Hinkemann aus der eigentlich un-dramatischen Figur des Hinkemann eine bis ins letzte erschütternde und wahre Proletariatsfigur geschaffen hat, hebt diese Aufführung, sondern auch die Arbeit der Regie die mehr verständnisvoll als

originell jede kleinste Regung in den dichterischen, wie schauspielerischen Figuren fast mit der Apothekers-wooge abmaß und so ein intimes und lebensvolles Zusammenspiel schuf. Hinkemann wird im Krieg durch einen Schuß ins Gesicht verwundet und entmannt. Dieser extravagante Einfall entspricht durchaus den Möglichkeiten eines Krieges, aber er entscheidet das Stück noch vor seinem Beginn. Nach natürlichen Voraussetzungen muß die Ehe Hinkemanns um die es hier geht, scheitern! Daß dies die Dramatik nicht fördert, die Spannung zerstört, ist klar. Aber gerade hierin liegt Hauptverdienst von Spiel und Regie, daß sie diese Spannung erhellt, dadurch, daß das Stück auf eine Art Nebenlebens gehoben wurde. Hinkemanns Frau liebt ihren ehemaligen Gatten weiter, trotzdem zwingt sie die Natur, ihn mit einem gefühllosen Schurken zu betrügen. Sie schwankt nur zwischen Gel und Mitleid, während der Nebenbuhler aus Bosheit, daß er die Frau nicht ganz besitzt, Hinkemann im Gasthaus in der Trunkenheit nicht nur vom „Trennen“ seiner Frau benachteiligt, sondern ihn auch belügt: seine Frau hätte über ihn gelaht, das im gleichen Augenblick, da Hinkemann anfragt, ob sein Post (als der eines Fremdes darstellt) wirklich lächerlich wäre! Das antwortet diese neue Tragödie: von Hinkemann gestellt, hat die Frau zwei Möglichkeiten der Entscheidung: man ist gespannt, wird sie sich lachend von ihm wenden, oder bel ihm bleiben: Sie wählt aus Liebe zu ihm den Tod! So wurde Hinkemann erschütternde Tragödie durch geschicktes Unterstreichen dieser inliegenden Momente. Da auch Toller selbst an der Regie beteiligt war, kann man in dieser Lösung eine Art Muster sehen. Das Spiel der Gattin und Hinkemanns (Weigel-George) war ein Genuß für sich. Gerhard Färber.

Devisenkurse

Brager Kurse am 14. Dezember.

Table with exchange rates for various currencies including Dutch, Reichsmark, and others.

Kunst und Wissen.

Brager Konzertsaal.

Das Haupt-Konzertergebnis der Berichtszeit, eine Aufführung des gewaltigen Paendelschen Oratoriums „König Salomon“ durch die vereinigten Brager deutschen Gesangsvereine...

Ihnen war jenes der amerikanischen Cellistin Wila Welleron, die ein ebenso gediegenes wie schweres Programm mit ebenso technischer Meisterhaftigkeit...

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Donnerstag (39-3), 7 Uhr: „Gräfin Mariza“ (Cordis Mlotwisch) Freitag (60-4), 7 1/2 Uhr: „Der Sibirer“ Samstag, 7 Uhr: „Trill, Trill“ Sonntag, 11 Uhr: Kammermusik; 2 1/2 Uhr: „Ollv-Polly“; 7 1/2 Uhr (63-3): „Balkaffi“ Montag (61-2): „Die Sirkusprinzessin“

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag: „Stella“ Freitag: „Die schöne Frau Charrelain“ Samstag: „Ollv-Polly“ Sonntag 8 Uhr: „Die Opuznje“ 7 1/2 Uhr: „Der Hexer“ Montag: „Die schöne Frau Charrelain“

Literatur.

Georg von der Brigg: „Soldat Zuhren“. Verlag J. M. Spach, Berlin. Sch. Nr. 450, geb. M. 6.— Ein schönes, wahres und tapferes Buch kein eigentlicher Roman hier schreibt nur ein einfacher Soldat, was er erlebt hat, und doch liest man es mit Spannung und Befriedigung...

Ludwig Huna: „Granada in Flammen“. Verlag von Grethlein u. Co., Leipzig und Zürich. Dieser geschichtliche Roman leitet den Leser zurück in das Zeitalter der Inquisition in Spanien. Den Hintergrund bildet der von der Inquisition geführte grausame Anstößungskrieg gegen das Volk der Mauren...

Mitteilungen aus dem Sublimum.

KRAWATTEN VIGO CELETNÁ 2

Turnen und Sport.

Klagen für Altersturner in Belgien. Der belgische Arbeiter-Turn- und Sportverband stellte fest, daß ältere Personen nicht gerne am Turnen teilnehmen wegen den Übungen, die wohl für jüngere Turner taugen, für die älteren aber zu schwierig sind...

Advertisement for Vitek's Anticornein eye medicine, featuring an illustration of a woman's face and text describing its benefits for eye health.

Advertisement for a book titled 'Außbringende Kleintierzucht' (Advanced Small Animal Breeding) by V. K. K. K., published by Volkshandlung.

Advertisement for 'Insperieren Sie im Sozialdemokrat' (Inspire in the Social Democrat), a publication or event.

Large advertisement for SANA margarine, featuring an illustration of a woman in a kitchen and text promoting it as a healthy and delicious addition to baking.

Radspori in Belgien. Einer Unterredung mit Genossen Boulangier, dem Leiter der Provinzsektion Lüttich der belgischen Arbeiterradfahrer...

Deutschland gegen Oesterreich im Handballspiel. Das Rückspiel der deutschen Landesvertretung gegen die beste Auswahlmannschaft der österreichischen Arbeiterradler...

Advertisement for Brož Prag, a gift shop for Christmas, offering a wide variety of goods at low prices.

Kinderrepublik Seefamp. Von den Parlamentsbesuchern, die sich in jeder Sitzung in großer Zahl einfanden, wurde dieses Lied am Schluß einer Sitzung zur Freude aller gesungen. Wo gibt es einen Vertretungskörper, der sich solcher Beliebtheit seiner Wähler erfreut?

war. Einen Viertelliter frische Vollmilch bekam jeder dazu. Am Abend gab es eine Abendsuppe deren Größeneinhalt dem Verlangen des einzelnen oblag; wer viel wollte, bekam viel. 250 Pfund Grieße und 575 Liter Milch wurden bei der Herstellung dieser Suppe verwendet.

terin der Küche sowie der Proviantverwalter der Kinderrepublik handten diesen Mengen sprachlos gegenüber. Der Geist des Willens: „unsere Kinder sollen nicht entbehren“ lag über dieser Solidaritätshandlung.

Zelt- oder Dorfgemeinschaft zur anderen. Da gab es viel Unbekanntes lernen zu lernen; waren doch aus allen Teilen des großen Deutschen Reiches Gruppen in die Republik gekommen und aus Wien die Roten Falken, aus Dänemark eine Gruppe mit einer von allen geliebten Musikkapelle...